

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Niema Movassat, Dr. André Hahn, Gökey Akbulut, Susanne Ferschl, Sylvia Gabelmann, Ulla Jelpke, Katja Kipping, Petra Pau, Martina Renner, Kersten Steinke, Friedrich Straetmanns, Dr. Kirsten Tackmann, Harald Weinberg, Pia Zimmermann und der Fraktion DIE LINKE.

Umgang mit Suchtproblematiken während der Corona-Krise

Über 160 000 Menschen sind in Deutschland opioidabhängig, etwa die Hälfte von ihnen wird substituiert. Die Zahl der substituierenden Ärzte und Ärztinnen nimmt seit Jahren ab. Zudem gibt es in einigen dutzenden Landkreisen gar keine substituierenden Praxen (Drogen- und Suchtbericht der Bundesregierung 2019). Im Falle von corona-bedingten Schließungen fürchten Substitutionsärzte und Substitutionsärztinnen, ihre Patienten und Patientinnen aufgrund fehlender Kapazitäten nicht an andere Praxen vermitteln zu können. Damit wäre die Fortführung von Behandlungen gefährdet (<https://taz.de/Suchtmediziner-ueber-Corona-Krise/!5676363/>).

Darüber hinaus sind schätzungsweise etwa 40 000 Menschen kokainabhängig und 300 000 cannabisabhängig. Bei den legalen Drogen weisen über 3 Millionen Erwachsene im Jahr 2018 in Deutschland eine alkoholbezogene Störung auf (Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen – DHS Jahrbuch Sucht 2020). Auch Glücksspielsucht ist eine nicht zu unterschätzende Abhängigkeitserkrankung.

Durch die Corona-Pandemie hat sich die Versorgung suchtkranker Menschen massiv verschlechtert. Suchtthilfeeinrichtungen mussten ihr Angebot schließen oder einschränken. In einigen Regionen kommt es auf dem Schwarzmarkt bereits zu Engpässen, wodurch die Preise steigen und sich die Qualität der Drogen verschlechtert. Zudem zählen viele der Konsumenten und Konsumentinnen durch gesundheitliche Vorbelastungen zur COVID-19-Risikogruppe (<https://www.sueddeutsche.de/panorama/corona-coronavirus-suchthilfe-heroin-methadon-gesundheit-1.4870135>). Auch das Risiko von Rückfällen in alte Suchtmuster steigt mit den Kontakt- und Ausgangsbeschränkungen während der Corona-Pandemie.

Im Jahr 2019 ist die Zahl der Drogentoten im Vergleich zum Vorjahr um fast 10 Prozent gestiegen. Die Fragestellenden befürchten, dass die Zahl für das aktuelle Jahr nochmals ansteigt, da die gesundheitlichen Risiken durch gestreckte Substanzen, Überdosen, kalte Entzüge oder Rückfälle etc. zunehmen.

Die Suchthilfeverbände haben bereits vor Wochen Alarm geschlagen und unbürokratische Maßnahmen gefordert. Erste Reaktionen von Seiten der Bundesregierung sind bereits erfolgt, wie z. B. mit der Rechtsverordnung zur vereinfachten Verschreibung von Substitutionspräparaten (https://www.drogenbeauftragte.de/fileadmin/dateien-dba/Drogenbeauftragte/4_Presse/1_Pressemitteilung

n/2020/2020_II.Quartal/200422_Arznei_VVO.pdf). Allerdings fehlt es noch in vielen Bereichen an Hilfen.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Wie plant die Bundesregierung, die über 80 000 Opioid-konsumierenden Menschen, die bislang nicht substituiert werden, gesundheitlich zu versorgen, vor allem wenn die illegalen Substanzen nicht mehr auf dem Schwarzmarkt erhältlich sind?
2. Wie viele Substitutionspatienten und Substitutionspatientinnen können nach Kenntnis der Bundesregierung die knapp 2 600 substituierenden Ärzte und Ärztinnen in Deutschland zusätzlich aufnehmen?
3. Welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung, um niedergelassene Ärzte und Ärztinnen zur Aufnahme einer Vertretungssubstitution im Konsiliar-Verhältnis zu ermutigen?
4. Wie wird die Substitution von Patienten und Patientinnen sichergestellt, wenn die substituierenden Praxen wegen eines Corona-Falles beim Personal schließen müssen?
5. Wie viele der Drogenkonsumräume mussten nach Kenntnis der Bundesregierung infolge der Corona-Pandemie schließen oder ihr Angebot einschränken?
6. Gibt es aufgrund der Corona-Pandemie Pläne zur vereinfachten Verschreibung des lebensrettenden Opioid-Antagonist Naloxon, z. B. auch für Angehörige von Opioidabhängigen?
7. Wie sichert die Bundesregierung während der Corona-Pandemie die Notfallversorgung für Menschen mit einem missbräuchlichen Konsum von Kokain bzw. Kokainderivaten (z. B. durch Versorgung mit Ersatzstoffen oder mit Originalstoffen)?
8. Welche gesellschaftlichen Auswirkungen auf den Alkoholkonsum, Alkoholmissbrauch und die Alkoholabhängigkeit erwartet die Bundesregierung infolge der Corona-Pandemie, und welche Maßnahmen sind diesbezüglich geplant?
9. Wie haben sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Absatzzahlen des Alkoholverkaufs seit dem Ausbruch der Corona-Pandemie verändert?
10. Welche Auswirkungen auf die Problematik Wett- und Glückspielsucht erwartet die Bundesregierung infolge der Corona-Pandemie, und welche Maßnahmen sind diesbezüglich geplant?

Berlin, den 26. Mai 2020

Amira Mohamed Ali, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion